



## AMBASSADE DE SUISSE

Bol. 381 - I/ko

Lima, den 17. August 1966

Politischer Bericht Nr. 2

Herrn Bundesrat Dr. W. Spühler  
Vorsteher des  
Eidg. Politischen Departements  
3003 B e r n

Bolivien nach dem Uebergang  
zur Verfassungsmässigkeit  
im August 1966

an						a/a
Datum						
Visa						
EPD		25. Nov. 1966				
Ref. p.A. 21.31.		<i>Lima</i>				

Herr Bundesrat,

Meine Gespräche mit Regierungsmitgliedern, Beamten, Kollegen und Landsleuten, anlässlich meines Aufenthaltes in La Paz vom 2. bis 14. August, zeigten mir folgendes Bild Boliviens:

Zur heutigen wirtschaftlichen Lage: zu beachten ist, dass Bolivien ein dünn besiedeltes, kapitalarmes Land mit wohl einer der mangelhaftesten Infrastrukturen, mit schwierigen klimatischen und geographischen Bedingungen, sozusagen keiner Industrie, einer einseitig auf den Erzexport ausgerichteten Wirtschaft und mit einer Bevölkerung von nur 3 Mio. Personen ist, von denen aber lediglich ein kleiner Prozentsatz moderne Erziehung genoss und eine ins Gewicht fallende Kaufkraft aufweist.

Auf diesem Hintergrund muss man die Feststellung sehen, dass seit der Machtübernahme durch die Militärjunta im November 1964 die Geschäftstätigkeit in La Paz sich merklich ausdehnte, wieder einige Geschäfts- und Wohnhäuser gebaut werden,

die wenigen Kapitalisten wieder im Lande investieren und ausländische Privatfirmen ihre Betriebe ausbauen. Präsident Ovando verstand es also, im In- und Ausland ein gewisses Mass an Vertrauen und Zuversicht zu schaffen.

Einige Merkmale der bolivianischen Wirtschaft: der Devisenkurs ist seit Jahren stabil; die Devisenreserve stieg von 17 Mio. \$ im November 1964 auf heute 33 Mio. \$ an. Das Budget 1966 weist zwar ein sechsmal grösseres Defizit auf als der internationale Währungsfonds für angebracht gehalten hatte. Aber auch so beträgt es nur 1 Mio. \$, wobei die selbständigen Verwaltungsbetriebe für Erdöl, Bergbau, Eisenbahnen, Luftfahrt etc. ebenfalls erfasst sind. Die Budgethilfe der USA hatte 1963 noch 16 Mio. \$, 1964 6 Mio. \$ und 1965 1,8 Mio. \$ betragen, während sie für 1966 ganz eingestellt wurde.

Die staatliche Minengesellschaft COMIBOL arbeitet, allerdings hauptsächlich dank dem hohen Zinnpreis, gut. Sie konnte seit Januar 1966 zum erstenmal monatlich 1/4 Mio. \$, im ersten Semester rund 2 Mio. \$ an "royalties" an den Staat abliefern. Dass der tüchtige Chef der COMIBOL, der bisher recht gut mit den aggressiven Gewerkschaften fertig wurde, Oberst Lechin, zusammen mit dem Verteidigungsminister und dem Alcalde von La Paz von Präsident Barrientos in die neue Regierung übernommen wurden, dürfte Gewähr für Ordnung in diesem wichtigsten Zweig der bolivianischen Wirtschaft bieten.

Die privaten Minen haben im ersten Quartal 1966 ihre Produktion erweitert und zwar die kleinen um 46 % und die mittलगrossen um 8 %. Besonders die bedeutendste private Minengesellschaft, das bolivianische Tochterunternehmen der amerikanischen Firma Grace, die unter Schweizerleitung steht, arbeitet gut. Sie ist daran, eine neue Zinnmine zu eröffnen (Abicaya), mit einer Investition von 6 Mio. \$, in Zusammenarbeit mit Chase Manhattan und zum erstenmal mit US-Steel.

Auf dem Gebiet des Bergbaues ist ferner zu vermerken, dass das seit Jahren umstrittene Problem der reichen Zinnmine "Mathilde", deren Auswertung international ausgeschrieben wurde, Ende Juli eine Lösung fand. Die stark interessierten Japaner zogen den Kürzeren; US-Steel, mit der amerikanischen Firma Philipps, erhielten den Zuschlag und werden vorerst 15 Mio. \$, später weitere 15 Mio. \$ investieren. Es scheint, dass sich die Amerikaner sehr darum bemühten, die Japaner zu verdrängen und dass der amerikanische Botschafter in diesem Sinne einen starken Druck auf die Bolivianer ausübte. Die Amerikaner ihrerseits machten allerdings für ihren Sieg auch sachliche Argumente geltend, nämlich dass US-Steel, im Gegensatz zu den Japanern, nicht über eigene Zinnschmelzen verfüge und somit den Traum der Bolivianer, einmal eine eigene Zinnschmelze zu haben, nicht störe. Ferner machten sie geltend, dass im japanischen Konsortium der japanische Staat mit 50 % beteiligt gewesen wäre, was die bolivianische Regierung nicht gerne gesehen habe.

Die Eisenbahnen sind heute gut geleitet und können mit einem japanischen Kredit ihr Rollmaterial etwas modernisieren. Sie sind allerdings von einer rationellen Betriebsführung noch weit entfernt.

Die Elektrizitätstarife sind nach langen Diskussionen auf den 1. August endlich erhöht worden. Motor Columbus hatte damit, als Berater der Regierung, nach hartnäckigem Kampf einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Damit ist der weitere Ausbau der bolivianischen Elektrizitätswirtschaft gesichert: die kanadische "Bolivian Power" und ein staatliches Unternehmen in Cochabamba erhalten zu diesem Zwecke Kredite der BID von zusammen rund 1 1/2 Mio. \$.

Auf dem Gebiet des Erdöls sind ebenfalls entscheidende Fortschritte zu verzeichnen. Die bolivianische Tochtergesell-

schaft von GULF nahm bisher Investitionen von ca. 100 Mio. \$ vor. Die Pipeline nach Arica am Pazifik ist betriebsbereit und gefüllt. GULF wartet nur noch den politisch und publizistisch günstigsten Moment ab, um erstmals Erdöl in ihre Tanker zu pumpen, die es zu Raffinerien nach Californien bringen werden. Sobald der Export beginnt, zahlt GULF jährlich ca. 3 Mio. \$ an "royalties" an das Departement Santa Cruz (= 11 % des Exportpreises). Wenn die investierten 100 Mio. \$ amortisiert sind, gehen weitere 39 % an "royalties" an Bolivien.

Günstig wird sich auch auswirken, dass der bisherige, sehr umstrittene Chef der staatlichen Erdölgesellschaft durch einen tüchtigen bolivianischen Fachmann (José Patiño) ersetzt wurde.

An Staatskrediten sind in erster Linie die amerikanischen zu nennen. Um der neuen Regierung den Start zu erleichtern, prüft die USAID zur Zeit die Gewährung einer Reihe zusätzlicher Kredite für Strassenbau, Elektrizität, Landwirtschaft, Bergbau etc.

Die UNO verfügt in Bolivien über 50 bis 70 Experten in den verschiedensten Sektoren, ohne aber bisher viel erreicht zu haben. Vor kurzem hat ein in technischen Hilfsprojekten erfahrener Fachmann die Leitung der UNO-Vertretung übernommen (Herr Santiago Quijano-Caballero). Dieser versucht nun die zahlreichen Einzelaktionen etwas zu koordinieren und den bolivianischen Realitäten anzupassen.

Nach amerikanischer Auffassung wird die UNO aber vor allem Mühe haben, den bilateralen Sektor in die Koordination einzugliedern, da die französischen, deutschen und japanischen Prestige-Kreditaktionen sich wenig dafür eignen. Diese drei Staaten stellten zum Teil recht teure Lieferkredite in Aussicht, für Projekte, welche die bolivianische Wirtschaft nicht befruchten.

So will Frankreich - neben einem guten Projekt für die Trinkwasserversorgung der Stadt Sucre - Lloyd Aéreo Boliviano (LAB) Caravelles verkaufen. Die LAB ist aber heute schon ein Defizitgeschäft. Ihre Millionenverluste werden sich nach amerikanischer Auffassung bei der heutigen Lage des Luftverkehrs nur noch weiter erhöhen, wenn ein Ausbau versucht wird.

Deutschland ist recht aktiv; baut und betreibt Schulen und finanziert die Trinkwasserversorgung von La Paz. Dies verdient Anerkennung; dagegen ist die geplante Lieferung einer Zinnschmelze durch die Firma Klöckner (Lieferkredit von 1 1/2 Mio. \$ für 7,5 % auf 9 Jahre) nach amerikanischer Auffassung eine betrübliche Sache und werde die Staatsfinanzen übermässig und dauernd belasten. Bolivien hat 15 verschiedene Zinnarten, weder genügend gutes Holz noch Kalkstein und die Verwendung von Erdöl für die Verhüttung muss erst technisch abgeklärt werden. Wer die 10 bis 20 Mio. \$ Betriebskapital aufbringen soll, ist unbekannt. Die deutsche Regierung hat noch nicht einmal die von Klöckner verlangte Risikogarantie zugesprochen. Trotzdem hat Präsident Ovando kurz vor seinem Rücktritt verkündet, der Bau der längst erträumten eigenen Zinnschmelze sei zugesichert. Der neue Präsident Barrientos und der COMIBOL-Chef Lechin sind Gegner des unwirtschaftlichen Projektes und müssen nun versuchen, den bösen Spuk wieder los zu werden.

Die politische Situation ist heute deshalb schwer zu beurteilen, weil nach langen Jahren erstmals wieder ein vom Volk gewählter Präsident und ein Parlament ihre Funktionen ausüben werden, weil die Regierung, ausser dem Verteidigungsminister, dem Chef der COMIBOL und dem Bürgermeister von La Paz, neue Leute umfasst, die, abgesehen von den gut ausgewiesenen Aussen- und Finanzministern, wenig oder gar nicht bekannt sind; und schliesslich, weil die Parteien, die Barrientos unterstützt haben und nun gemeinsam 80 % der Sitze in der Deputiertenkammer (82 von 102) und 2/3 im Senat (18 von 27) inne haben, untereinander stark

divergieren. Für die folgenden Bemerkungen stütze ich mich zur Hauptsache auf die Ansichten des äusserst einflussreichen und hinter den Kulissen aktiven amerikanischen Botschafters.

Die Armee wünschte aufrichtig den Uebergang zur konstitutionellen Regierung. Ovando hatte eine glückliche Hand, dass es ihm zu erreichen gelang, dass verschiedene Kandidaten aufgestellt wurden und damit Wahlen zustandekamen, die vom Volk und den OEA-Beobachtern allgemein als korrekt empfunden wurden. Die Wahlvorbereitungen haben ein gesundes politisches Leben angeregt und die vielen zersplitterten politischen Grüppchen zur Zusammenarbeit gezwungen. Der beste Mann wurde zum Präsidenten gewählt und der Regimewechsel vollzog sich friedlich und in bestem Einvernehmen. Die Zukunft des Landes kann aber trotzdem auf längere Sicht nicht zuverlässig beurteilt werden wegen folgender Unbekannten:

- Barrientos versucht, die aus teilweise gegensätzlichen kleinen Parteien zusammengewürfelte "Frente de la Revolución Boliviana" in eine ihm ergebene einheitliche Partei zu verschmelzen. Einige Beobachter glauben, dass ihm dies gelingen könnte; andere bezweifeln es. Haben letztere Recht, fragt es sich, wie sich Barrientos verhalten wird. Neigt er nach einem Auseinanderfallen der "Frente" mehr der Linken zu, die in der "Frente" heute überwiegt, kommt er in Konflikt mit der Armee. Bewegt er sich nach rechts, hat er die starke Linke gegen sich, und Unruhen unter den Arbeitern und Studenten werden nicht ausbleiben.
- Die "Frente" erhielt ca. 60 % der Stimmen und bekam damit nach Verfassung 80 % der Abgeordnetensitze. Die Falange hatte in acht Departementen die zweitgrösste Stimmenzahl und erhielt dort 20 % der Sitze. Die Falange ist heute gespalten in eine Rechtsgruppe und eine gemässigte Gruppe. Es ist heute nicht vorauszusehen, wie sie sich als Opposition verhalten wird,

besonders wenn sie durch aus der "Frente" abgesplitterte Gruppen verstärkt würde.

- Das MNR, das von 1952 bis 1964 unter Paz Estenssoro am Ruder war, ist heute noch die einzige Massenpartei des Landes und besitzt die Sympathie des Volkes. Nur Splitter davon beteiligten sich an den Wahlen, so dass es im Parlament nur durch einen Diputierten und einen Senator vertreten ist. Das MNR lässt eine gewisse Tendenz zu Auflösung erkennen. Barrientos könnte sich versucht sehen, sich an die Spitze des MNR zu setzen, wenn ihm sonst die Unterstützung versagt bleibt. Er hätte dann aber die Armee gegen sich, so dass diese Hypothese unwahrscheinlich ist.
- Es ist schwierig zu sagen, was der über ein grosses Prestige verfügende, aber verschlossene General Ovando, heute wieder nur Oberkommandierender der Streitkräfte, will:
  - a) wird er vier Jahre warten, in dieser Zeit Präsident Barrientos korrekt unterstützen, um 1970 als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat sich zur Wahl zu stellen? Ein intimer Mitarbeiter von Ovando und Barrientos sagte mir, er halte das persönliche Verhältnis der beiden für so gut, dass seines Erachtens die beiden diese Variante verfolgen.
  - b) Andere Beobachter meinen, dass der Ehrgeiz Ovando dazu führen könnte, auf den leicht erregbaren Barrientos ständig Druck auszuüben, bis dieser zurücktritt oder eine Affekthandlung begeht, die das Eingreifen der Armee erheischt. Diese Variante stützt sich darauf, dass Ovando kurz vor seinem Rücktritt einige seltsame Weichen gestellt hat: einmal hat er den für die bolivianische Wirtschaft ungünstigen Ankauf von Caravelles eingefädelt. Ferner hat er den richtigen, aber politisch heikeln Entscheid einer massiven Erhöhung der Elektrizitätstarife zwar schon anfangs

Juli gefasst, aber damals nicht publiziert und die Sache zeitlich so gesteuert, dass Barrientos als erste Regierungstätigkeit den Aufruhr von Parlament, Presse und Bevölkerung gegen diese Erhöhung abzufangen hatte (es fanden Demonstrationen statt, gegen welche die Polizei mit Tränengas vorzugehen hatte; es gab Tote und Verletzte). Ferner gehört in diesen Zusammenhang die schon erwähnte vorzeitige Verkündigung der sehr umstrittenen Errichtung einer Zinnschmelze, von der er wusste, dass Barrientos und die Fachminister dagegen waren. Am Schwerwiegendsten ist aber, dass Ovando sich zu Beginn des Jahres mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) auf ein Budgetdefizit von 2 Mio. Pesos festgelegt hatte, entgegen dieser Abmachung aber durch die Junta in der Folge Zusatzkredite für die Armee, den Lloyd Boliviano, die Eisenbahnen etc. bewilligen liess. Das Budgetdefizit beträgt nun heute 12 Mio. Pesos, und Präsident Barrientos hat diese Situation dem IMF gegenüber zu vertreten.

Zusammenfassend komme ich zum Schluss, dass wohl eher mit einer unruhigen Zeit zu rechnen ist, dass aber doch die Möglichkeit besteht, dass der aktive und wortgewandte Präsident Barrientos schliesslich seinen Willen, mit Unterstützung der USA, soweit durchsetzen kann, dass seine Widersacher unter den Politikern und in der Armee vorläufig stille halten.

Noch ein Wort zur Aussenpolitik. Der gewandte neue Aussenminister Crespo, der in Europa und den USA vielfach gereist ist, sagte mir, dass er sich in erster Linie mit zwei Problemen befassen werde. Einmal wird der Eintritt Boliviens in die ALALC erneut geprüft werden. Zwar liegen schon zahlreiche Kommissionsberichte vor, der letzte aus der Zeit der Militärjunta. Die neue Regierung aber wird das Problem neu studieren und hat zu diesem Zweck bereits vom ALALC-Sekretariat in Montevideo einen Bericht



über den heutigen Stand der Integration in Südamerika verlangt. Minister Crespo ist sich bewusst, dass für Bolivien der Eintritt nicht lebenswichtig und nicht dringend ist. Abgesehen vom Interesse der Solidarität mit den Nachbarn, spielen aber doch auch einige bescheidene Exportinteressen mit, da Bolivien seit kurzem versucht, tropische Früchte, Erdöl, Fleisch, Reis und anderes in die Nachbarländer zu exportieren und daran interessiert ist, für diese Produkte Zollermässigungen zu erhalten.

Das zweite Problem ist die Regelung der Beziehungen zu Chile. Minister Crespo ist sich bewusst, dass die öffentliche Meinung sich intensiv mit dem Begehren des Zugangs zum Meer befasst; die Frage wurde und wird heute noch aus innenpolitischen Gründen künstlich hoch gespielt. Der Aussenminister will daher nichts überstürzen. Er ist aber bereit, sein Gewicht dafür einzusetzen, dass realistischere Lösungen als bisher (Bolivien verlangte bisher einen territorialen Zugang zum Meer mit eigenem Hafen, den aber niemand zu finanzieren bereit ist) in Betracht gezogen werden.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

